



Spielberger Nachrichten

Nummer 59, Okt.2022
Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

LKH Knittelfeld: Verschlechterungen dürfen nicht hingenommen werden!

Die Hiobsbotschaften aus dem LKH-Knittelfeld reißen nicht ab. Zuerst haben ÄrztInnen in einem Brief an die KAGes gewarnt, dass die Normalversorgung zusammenbrechen könnte. Eine Triage, also eine Auswahl, welche Patienten behandelt werden und welche nicht – könnte unumgänglich werden. Nun wurden 62 der 122 Betten und eine ganze medizinische Abteilung geschlossen.



Die Schließung der Chirurgie in Knittelfeld und später die Zusammenlegung der Krankenhäuser Judenburg, Knittelfeld und Stolzalpe wurde der Bevölkerung als „zukunftsweisendes Projekt“ verkauft.

Nun wurde in Knittelfeld mehr als die Hälfte der Betten gesperrt. Die interne medizinische Abteilung auf der Stolzalpe wurde zuvor schon geschlossen.

Bürgermeister Harald Bergmann hat mit Vertretern der KAGes zu einem „Krisengipfel“ eingeladen (zu dem die KPÖ nicht eingeladen war). Laut Medienberichten soll die Internistische Ambulanz weiterhin rund um die Uhr geöffnet sein. Im Gegenzug könnten Spezialambulanzen aus Knittelfeld abgezogen werden. Es werde intensiv nach Personal gesucht. Solche Treffen sollen nun zweimal im Jahr stattfinden.

Die Knittelfelder KPÖ hat vorgeschlagen der Knittelfelder Gemeinderat solle in einer Resolution an das Land Standortgarantien für das LKH einfordern.

Fortsetzung nächste Seite ➔

Der Spielberger Gemeinderat hat einstimmig folgende Forderungen beschlossen:

1. Dauerhafter Erhalt der Abteilung Innere Medizin inkl. ambulanter Versorgung am LKH Knittelfeld.
2. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen, um den Personalengpass zu verringern, den akuten Versorgungsengpass zu beseitigen und die Abteilung innere Medizin wieder auf die zuvor vorhandene und auch notwendige Bettenanzahl aufzustocken.
3. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen die zur Schaffung eines besseren Betriebsklimas und somit zu besseren Arbeitsbedingungen für alle MitarbeiterInnen führen.
4. Durchführung einer anonymen, unabhängigen Bedienstetenbefragung. Ziel dieser Befragung soll es sein, ohne arbeitsrechtlichen Druck Missstände identifizieren und Lösungsvorschläge/Ideen der direkt Betroffenen zu generieren.
5. Erarbeitung von Lösungen, die dem LKH und den MitarbeiterInnen eine Zukunftsperspektive geben. Unbedingt in die Überlegungen einfließen sollten neue, zukunftssträchtige Abteilungen wie zB. ein Geriatrie- oder Demenzabteilung deren Notwendigkeit ständig wächst und die dem LKH Knittelfeld die notwendige Zukunftsperspektive geben können.
6. Einarbeitung des langfristigen Erhalts des LKH Knittelfeld in den neuen steirischen regionalen Strukturplan Gesundheit.

PREISE RUNTER, LÖHNE RAUF!

MIT DEM BUS ZUR DEMO!

Gratis!

DEMONSTRATION
Freitag, 14. Oktober
16 Uhr - Graz Hauptbahnhof

Anmeldung:
03512/82240
oder per Mail an
bus@kpoe-steiermark.at

Außerdem soll die Resolution an alle Gemeinden ausgeschickt werden mit der Bitte um Beschlussfassung, damit sich der politische Druck erhöht.

Die obenstehenden wichtigen Forderungen wurden einstimmig zuerst in Knittelfeld und dann auch in Spielberg beschlossen. Diese Bettenschließung ist eine sehr gefährliche Entwicklung für Knittelfeld und die ganze Region.

Es gibt den Gesundheitsplan der ÖVP/SPÖ-Landesregierung und der sieht bis 2035 nur jeweils ein Leitspital in den einzelnen Regionen und weitere Bettenreduzierungen vor. Außerdem gibt es die EU-Vorgaben zur Deckelung der Gesundheitsausgaben, die auch die österreichische Regierung umgesetzt hat. Die Gesundheitsversorgung wurde in den letzten Jahren bereits massiv ausgedünnt.

Ärzte- und Personalmangel ist ein Versagen der Politik

Der Personal- und Ärztemangel ist nun der perfekte Vorwand um schon lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen. Die dringenden Warnungen vor dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen vielen Jahren. Es wurde nichts getan um das zu verhindern.

Der vollständige Erhalt des LKH Knittelfeld ist wichtig für die Gesundheitsversorgung der ganzen Region - von Murau bis St. Lorenzen. Je zentraler die Spitäler desto länger die Anfahrtswege und die Belastungen für die Bevölkerung.

Aus Corona nichts gelernt?

Die Corona-Pandemie hat gezeigt wie wichtig jedes einzelne Spitalsbett ist. MedizinerInnen betonen, dass es in Österreich relativ wenige Corona-Tote gegeben hat weil wir im internationalen Vergleich bei den Spitalsbetten noch besser aufgestellt sind. So eine Krise kann jederzeit wieder kommen. Außerdem gibt es in unserer Region zahlreiche Großveranstaltungen bei denen größere Unfälle und Katastrophen jederzeit möglich sind. Dahei wäre es fahrlässig die Bettenanzahl zu reduzieren.

Resolution mit Leben erfüllen

Es ist gut, dass die Resolution einstimmig beschlossen wurde. Nun ist es aber wichtig, dass sie nicht nur ein Stück Papier bleibt. Es wäre wichtig, dass alle Gemeinden diese Resolution beschließen und damit den politischen Druck erhöhen. Sollte das Land nicht bereit sein die Forderungen zu erfüllen braucht es einen politischen Kampf über alle Parteigrenzen hinweg für den vollständigen Erhalt des LKH-Knittelfeld.

Woher kommt der Druck im Gesundheitssystem zu kürzen?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren.



Das ist absurd und menschenverachtend. Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? Bund und Länder haben beschlossen, dass ein „Deckel“ für die Gesundheitsausgaben

eingezogen wird um die Ausgaben zu senken. Hinter diesem Vorhaben stehen Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau und schlechtere medizinische Versorgung.

EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Mit dieser „Deckelung“ wurden EU-Vorgaben umgesetzt. Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Corona-Krise hat zeigt, dass die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung, sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

Es geht um Privatisierung

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es, die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenkäuser und WahlärztInnen. Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität. Warnendes Beispiel sind die USA. Dort gibt es das teuerste Gesundheitssystem der Welt, das vorwiegend privatisiert ist und vielen Menschen nur eine völlig unzureichende Versorgung bietet.

Der Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden gegen Krankheiten hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand ermöglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

Nachsatz: In vielen Ländern werden die Militärausgaben erhöht. In Deutschland wurde ein 100 Milliarden



Euro Aufrüstungspaket beschlossen. In Österreich wurde ein zehn Milliarden Euro schwerer Rüstungs-Sonderfonds und eine massive Anhebung des Heeresbudget gefordert. Für Dinge die töten sind die Regierungen bereit immer mehr Geld auszugeben. Bei den Gesundheitsausgaben, die dazu dienen Leben zu retten, wurde eine Deckelung eingeführt.



Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Haben die Vorgänge um das LKH Knittelfeld Methode?

Die EU-Kommission hat nach Einführung des EU-Fiskalpakts enormen Druck auf die EU-Staaten ausgeübt um neoliberale Strukturänderungen zu erzwingen. Der linke EU-Parlamentsabgeordnete Martin Schirdewan hat in einer Studie nachrecherchiert. Das Ergebnis ist eindeutig: Die EU-Kommission hat allein zwischen 2011 und 2018 sage und schreibe 63-mal die EU-Staaten aufgefordert im Gesundheitsbereich zu kürzen bzw. zu privatisieren.

Österreich hat dem im Zuge des Österreichischen Stabilitätsprogrammes Rechnung getragen und die Gesundheitskosten ans BIP gekoppelt und gedeckelt. Dieses Programm wurde seit seinem Bestehen von allen Parteien mitgetragen.

Es braucht um diese Vorgaben zu erfüllen natürlich konkrete Maßnahmen. Das zeigt sich im Gesundheitsbereich durch Personaleinsparungen, verstärktem Arbeitsdruck, eine nichtadäquate Entlohnung uva. Außerdem werden die Anzahl der Spitalsbetten, um Kosten zu senken, schrittweise reduziert.

Aber um Spitalsbetten zu reduzieren, oder sogar Abteilungen und Spitäler zu schließen – und damit zu erwartende Proteste zu unterdrücken – müssen Begleitmassnahmen ergriffen werden. Und diese erinnern mich an die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie.

So wie damals werden auch heute als erstes die Beschäftigten demotiviert. Das geschieht durch Verunsicherung (wie geht es weiter?) gesteigertem Arbeitsdruck, unklaren Perspektiven für das Krankenhaus und vielfach mit geringer Wertschätzung für die Leistungen der Beschäftigten.

Auch nach außen, für die Bevölkerung, wird ein Bild gezeichnet, (kein Personal, überarbeitet ÄrztInnen und Pflegepersonal usw) das das Vertrauen ins Krankenhaus verringert.

Diese Vorgehensweise konnte man in vielen Betrieben und Einrichtungen die man privatisieren oder schließen wollte sehen. Zum Teil wurden richtige Kampagnen in unterschiedlicher Ausprägung gegen den jeweiligen Betrieb und deren Beschäftigte geführt.

Ganz so drastisch wie bei der Zerschlagung der Verstaatlichten ist es derzeit noch nicht. Aber unter anderen Vorzeichen weisen viele Dinge darauf hin, dass man Knittelfeld bewusst verkleinern will. Denn ein kompetentes Management hätte die drohende Personalsituation erkennen müssen. Auch den verantwortlichen PolitikerInnen der Landesregierung muss die Situation klar gewesen sein, geben sie sich ja immer so volksnah. Dass das Betriebsklima schlecht und die Arbeitsbelastung für die Beschäftigten ein kritisches Ausmaß erreicht hat konnte wohl ebenfalls kaum verborgen bleiben..

Ein erster Schritt um eine Reduzierung der Betten oder gar das Zusperrn der Internen Abteilung zu verhindern ist die Beschließung dieser Resolution. Noch wichtiger ist aber, dass alle diese geforderten Punkte auch umgesetzt werden. Und dafür müssen wir alle die Beschäftigten unterstützen und auch die PolitikerInnen aller Couleurs unter Druck setzen. Auch wenn es dafür Demonstrationen und anderer Aktionsformen bedarf, meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com

Aus dem Gemeinderat

Sorger-Schließung

Der Bürgermeister berichtete, dass die Gemeinde erst wenige Tage vor der Schließung der Sorger-Filiale von Kunden der Bäckerei von den Schließungsplänen erfahren habe. Es gab keine Information der Gemeinde durch die Firmenleitung. Auch die Angestellten hätten erst wenige Tage vor dem Aus von ihrem Schicksal erfahren. Man sei guter Hoffnung, dass in absehbarer Zeit ein Nachfolgebetrieb einziehen wird. Offensichtlich gibt es bei Sorger eine beinharte Geschäftsstrategie, die wenig Rücksicht auf Beschäftigte und Nahversorgung nimmt.

Mountainbikestrecke Adlerkuppe

Die Verträge für die neue Mountainbikestrecke über die Adlerkuppe sind unter Dach und Fach und gelten

für drei Jahre. Die Benützung soll von 1. Mai bis 15. Oktober gestattet sein. Die Strecke ist attraktiv mit etwas über einer Stunde Fahrzeit eignet sie sich auch für eine kurze Sporteinheit. Sie soll im nächsten Jahr offiziell eröffnet werden.

Wildblumenstreifen

In Knittelfeld gibt es mehrere Wildblumenstreifen die nicht nur ein schöner Anblick sondern auch für Insekten wichtig sind. KPÖ-GR Petra Lorberau hat deshalb angeregt diese Idee auch in Spielberg umzusetzen. Es wurde daraufhin berichtet, dass solche Streifen in Planung seien. Man hätte aber mit der Umsetzung auf die Erfahrungen aus Knittelfeld gewartet wie solche Streifen das ganze Jahr über aussehen. Im nächsten Jahr wird mit der Aussaat gestartet.

Lärmhölle Murtal

Die Lärmbelastung in unserer Region ist enorm. In den vergangenen Wochen und Monaten hatten wir unter Renn- und Fluglärm und der Airpower zu leiden. Diesen Brief hat KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding zusammen mit einigen Murtaler BürgerInnen an ÖVP-Verteidigungsministerin Claudia Tanner geschickt.



Spielberg, am 11.7.2022

Sehr geehrte Frau Mag. Tanner!

Derzeit müssen wir beinahe täglich die Trainingsflüge zur AirPower 2022 über uns ergehen lassen! Trotz mehrfacher Beschwerden über die extrem lauten Übungsflüge, teils über Wohngebieten, wurde bisher von Seiten des Bundesheeres nicht darauf reagiert. Mit einem geeichten Schallmessgerät wurden Maximalpegel von über 118 dB und Spitzenpegel von 129 dB gemessen.

Für Kleinkinder, gesundheitlich beeinträchtigte Menschen, akut Kranke oder Personen, die Nachtschicht verrichten und sich tagsüber erholen müssen, ist diese Belastung ein Anschlag auf ihre Gesundheit und eine unhaltbare Zumutung für alle. Ganz speziell Kleinkinder könnten gesundheitliche Schäden bei diesen Überflügen nehmen, ohne dass diese sofort feststellbar werden! Aber auch Tiere leiden, wie Meldungen in der Presse zu lesen waren, besonders!

Deshalb appellieren wir an Sie, als Verteidigungsministerin und auch Vertreterin der Bevölkerung, im Interesse aller Betroffenen, diese Übungsflüge über unbewohntem Gebiet durchführen zu lassen. Sind doch der tägliche Fluglärm und der Lärm durch die Veranstaltungen von RedBull bereits eine unzumutbare Belastung in der ganzen Region.

Hochachtungsvoll

Erich Wilding im Namen der belasteten
BürgerInnen unserer Region



Die Ministerin hat dieses Schreiben ignoriert und nicht geantwortet. So sieht die so oft beschworene Bürgernähe aus. Die Lärmbelastung und die Gesundheit der Bevölkerung unserer Region sind der zuständigen Ministerin offensichtlich egal.

Müll: Keine Aussetzung der Gebührenerhöhung

Der Bürgermeister berichtete, dass es im Abfallwirtschaftsverband keine Mehrheit für die Aussetzung der jährlichen automatischen Preiserhöhungen der Müllgebühren für 2023 gegeben habe.

Sollte es nicht doch noch zu einer anderen Entscheidung kommen werde der Verband den Gemeinden den erhöhten Betrag vorschreiben. Es liege dann bei den einzelnen Gemeinden ob und in welcher Höhe sie diese Preiserhöhung an die BürgerInnen weitergeben.

Die KPÖ hat die jährlichen automatischen Preiserhöhungen nach dem Verbraucherpreisindex schon immer kritisiert. Leider wurde diese Preisautomatik in vielen Gemeinden, so auch Spielberg, beschlossen. Eine automatische Erhöhung spiegelt nicht unbedingt die realen Kosten wieder und auch die soziale Lage wird nicht berücksichtigt.

Auch die Arbeiterkammer übt Kritik an dieser Preisautomatik. Es ist sehr bedauerlich, dass sich keine Mehrheit für eine Aussetzung im nächsten Jahr gefunden hat. Es hätte eine Entlastung in diesen für viele nicht einfachen Zeiten bedeutet.

Die KPÖ hat den Antrag gestellt die Gemeinde soll ein Entlastungspaket für die Spielberger BürgerInnen schnüren. Darüber wird in den nächsten Wochen im Sozialausschuss beraten. Dabei werden sicherlich auch die Gebührenerhöhungen ein Thema sein.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Veranstaltungslärm: Beschwerdestelle wäre notwendig

Die zahlreichen Großveranstaltungen bringen oft eine erhebliche Lärmbelastung mit sich. Dabei sind es nicht nur die Rennen selbst, der Lärm der von den Campingplätzen ausgeht dauert oft bis tief in die Nacht hinein. Besonders störend waren heuer die zahlreichen nächtlichen Feuerwerke und Böller, die abgefeuert wurden.

Wir haben uns mit einer Beschwerde an die Bezirkshauptmannschaft gewandt und erhielten per Mail den Ratschlag Anzeigen zu erstatten. Dafür sei es aber erforderlich die Tatzeit, den Tatort, wodurch der Lärm verursacht wurde und wer dafür verantwortlich ist bekannt zu geben.

Ein sehr realitätsfremder Ratschlag. Oder soll man um 2 Uhr in der Früh seine Wohnung verlassen, zu den Campingplätzen und Festzelten fahren und die Identität der vielleicht angeheiterten Besucher feststellen? Außerdem gibt es eine Hemmschwelle das Nachbarschaftsklima durch Anzeigen zu belasten.

Um die Verantwortung nicht auf die BürgerInnen abzuschieben und eine bürgerfreundliche Alternative zu schaffen haben wir nebenstehenden Antrag in den Gemeinderat gebracht.

Wir sind der Meinung, das wären konstruktive Vorschläge, denn schließlich liegt es im Interesse aller Beteiligten dass die Veranstaltungen möglichst konfliktfrei über die Bühne gehen. Leider wurde unser Antrag von allen anderen Fraktionen vom Tisch gewischt. Ihm wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt, er kam daher nicht einmal auf die Tagesordnung.

Aus dem Gemeinderat

Baukartell

Es gibt Ermittlungen über die Bildung von Baukartellen die zum Schaden der öffentlichen Hand Preisabsprachen getätigt haben. Wir haben uns erkundigt ob in die Akten der Wettbewerbsbehörde Einsicht genommen wurde um zu überprüfen ob Spielberg zu den Geschädigten gehört. Daraufhin wurde berichtet dass die Gemeinde alle Unterlagen den entsprechenden Stellen übermittelt hat. Es kann aber sehr lange dauern bis ein Ergebnis vorliegt.

Weyern

KPÖ-GR Erich Wilding hat den Wunsch von AnrainerInnen nach Mülleimern entlang der Spazierwege bei der Mur und der Ingering eingebracht. Auch der Wunsch nach einem Verkehrsspiegel bei der unübersichtlichen Ausfahrt Weyernring wurde deponiert. Der Bürgermeister erklärte, entlang der Mur sei Natura 2000 Gebiet und das Areal werde nicht von der Gemeinde sondern von anderer Seite gepflegt. Man werde sich aber um die Anliegen bemühen. Entlang der Ingering sei eine Aufstellung auf jeden Fall möglich.

Antrag der KPÖ:

Einrichtung einer zentralen Beschwerdestelle und temporären Lärmmessstellen in der Zeit von Großveranstaltungen

Der Gemeinderat der Stadt Spielberg möge folgendes beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Spielberg fordert:

1. Die Einrichtung einer zentralen, rund um die Uhr besetzten Beschwerdestelle während Großveranstaltungen, die auch entsprechend mit Kompetenzen ausgestattet ist um im Anlassfall auch Lösungen herbeiführen zu können.

2. Die Einrichtung von Lärmmessstellen in umliegenden Wohngebieten während der Veranstaltungen um rechtzeitig unzumutbaren Belastungen entgegensteuern zu können.

Um diese Ziele zu erreichen nimmt die Gemeinde Kontakt mit dem Land, den zuständigen Stellen und Behörden und dem Projekt Spielberg auf.

Begründung:

Von Großveranstaltungen geht eine Lärmbelastung für die Bevölkerung aus, außerdem kann es zu verschiedensten Konfliktsituationen kommen. Um diese Beeinträchtigungen möglichst gering zu halten, und im Fall von Lärmüberschreitungen und Konflikten rasch und bürgerInnennah reagieren zu können, sollten die oben genannten Maßnahmen umgesetzt werden.

Die Schaffung einer Beschwerdestelle mit Handlungskompetenzen wäre eine bürgerInnenfreundliche Möglichkeit bei Beschwerden rasch zu reagieren. Damit würde eine Servicestelle geschaffen die die Anliegen der BürgerInnen unbürokratisch umsetzen kann.

Um Konfliktsituationen vorzubeugen und auf stattfindende Lärmüberschreitungen rasch reagieren zu können wäre es sehr hilfreich, temporäre Lärmmessstationen in umliegenden Wohngebieten zu installieren. Denn solche Lärmmessungen geben ein objektives Bild, auf deren Grundlage entsprechende Maßnahmen gesetzt werden können.

Im Sinne einer bürgerInnenfreundlichen Behandlung der vorhandenen Lärmproblematik ersuchen wir um die Annahme des Antrags.

Impressum: Medieninhaber,
Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.



Für ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik!

Der Angriff Russlands auf die Ukraine, der von der KPÖ in aller Deutlichkeit verurteilt wird, wurde von den USA und der EU mit umfangreichen „Sanktionen“ beantwortet. Auch Österreich beteiligt sich daran.

Russland solle laut der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock „ruiniert“ werden. In den Medien liest man von einem Wirtschaftskrieg. Das Bestreben, Russland zu ruinieren führt jedoch zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Europa und weltweit: Inflation, Lieferkettenunterbrechungen, beschleunigte Verbreitung von Armut, Exportstopps. Die Kosten dafür tragen die Bevölkerungen aller Länder.



Sanktionen beenden den Krieg nicht

Was den Krieg in der Ukraine betrifft, sind die Sanktionen wirkungslos geblieben. Allerdings haben sich die Preise in Europa, vor allem für Energie und Treibstoff, drastisch erhöht. Gewinner dabei sind die Energiekonzerne, die ihre Profite vervielfachen, während für Millionen Haushalte Heizen zum Luxus werden könnte.

Profitiert wird auch in Ländern wie den USA und den Golfstaaten, zu denen die europäischen Regierungen als Bittsteller kommen, um teures Gas zu kaufen, dass durch die Gewinnung über Fracking bzw. den Transport mit Tankschiffen einen deutlichen größeren Klimafußabdruck hat.

Profitiert wird auch in Ländern wie den USA und den Golfstaaten, zu denen die europäischen Regierungen als Bittsteller kommen, um teures Gas zu kaufen, dass durch die Gewinnung über Fracking bzw. den Transport mit Tankschiffen einen deutlichen größeren Klimafußabdruck hat.



Klimaschutz ist kein Thema mehr

Aber das Klima wird in diesem „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland ebenso vergessen, wie die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung: Auch Kohlekraftwerke sollen die Gasausfälle ersetzen.

Aber das Klima wird in diesem „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland ebenso vergessen, wie die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung: Auch Kohlekraftwerke sollen die Gasausfälle ersetzen.

Währenddessen hat Russland andere Absatzmärkte für seine Produkte gefunden. Länder wie Indien China und die Türkei kaufen günstig russisches Öl und Gas. Damit werden wiederum Produkte produziert, die teuer nach Europa verkauft werden können, wie etwa indischer Diesel. Russland verdient außerdem durch die von den Sanktionen mitverursachten Preiserhöhungen deutlich mehr mit seinen Rohstoffen als vor dem Krieg.

Hungerkatastrophen drohen

Durch die Sanktionen gegen Russland steigen die Preise für Lebensmittel an den Börsen, während in weiten Teilen der Welt eine Hungerkatastrophe droht und zugleich in Europa die Geldbörsen der Menschen immer leerer werden.



Die Menschen zahlen den Preis für einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, der offensichtlich kein Weg zum Frieden ist. Weil Russland „ruiniert“ werden muss, wie es offizielle Stellen verkünden, werden den Menschen mitunter zweifelhafte Tipps zum Sparen gegeben. Mit welchem Ergebnis? Dass Konzerne und Spekulanten ihre Gewinne erhöhen, während der Krieg unvermindert weitergeht.

Das neutrale Österreich hätte sich überhaupt nicht an Wirtschaftskriegen zu beteiligen, sondern sich endlich für diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges einzusetzen, davon hat man allerdings schon lange nichts mehr gehört.



In Österreich braucht es Maßnahmen gegen die Teuerung, dazu gehört ein Preisdeckel für Energie und Treibstoff, die Verstaatlichung der Energiekonzerne, die Abschöpfung der Übergewinne durch den Staat, höhere Löhne, **aber auch ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik.**

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

08.11.2022

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Die Gemeinden brauchen ein Hilfspaket

Da sich mehrere Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Budget verändert haben wurde die Erstellung eines Nachtragsvoranschlags notwendig.

Dabei hat sich die Finanzsituation durch Bedarfszuweisungen, Förderungen, Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer und den Gebühren gegenüber dem Budget auf den ersten Blick verbessert. Allerdings ist diese Verbesserung auch darauf zurückzuführen, dass bereits beschlossene Investitionen verschoben wurden. Der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinde hat sich kaum verbessert.

Die finanziellen Aussichten sind auch für die Gemeinden nicht rosig. Steigende Energiekosten und die Teuerung belasten das Budget. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die Zinsen steigen werden was die Rückzahlung der Kredite verteuern wird.

Die Wirtschaft ruft vehement nach einem Hilfspaket. Auch die Gemeinden müssen ihre Stimme erheben. Es braucht ein Gemeindehilfspaket damit die Gemeinden ihre Aufgaben für ihre BürgerInnen erfüllen können. Diese Mittel müssen aus einer Vermögens-, Gewinn- und Erbschaftssteuer kommen. Denn kommen die Gelder nur aus dem bisherigen Steuertopf zahlen sich die BürgerInnen die Hilfspakete praktisch selbst. Die KPÖ hat den Nachtragsvoranschlag abgelehnt, die ÖVP hat sich der Stimme enthalten.

Wo sieht man die finanziellen Segen der Airpower?

Großveranstaltungen, speziell die Airpower werden als großartiger wirtschaftlicher Faktor dargestellt. Wenn man die touristischen Jubelmeldungen und Rekordzahlen hernimmt so ist im Nachtragsvoranschlag im Gemeindehaushalt nichts davon zu sehen. Es wird sicherlich einzelne geben die von der Airpower wirtschaftlich profitieren. Die Masse der BürgerInnen hatte davon nur wochenlangen Lärmterror und Abgase – und das in Zeiten wo von uns allen verlangt wird Energie zu sparen und viele Menschen finanziell kaum noch über die Runden kommen

Müll bei Großveranstaltungen

KPÖ-GR Erich Wilding hat angefragt, ob die Müllentsorgung bei Großveranstaltungen über den Abfallwirtschaftsverband abgewickelt wird und ob es Zahlen gibt, wieviel Müll bei der letzten Formel 1 angefallen ist und wieviel Müll im Jahr durch die Großveranstaltungen anfällt.

Der Bürgermeister erklärte, dass der Gemeinde durch die Entsorgung keine Kosten entstehen. Die Frage nach dem Müllaufkommen durch Großveranstaltungen konnte nicht beantwortet werden und es scheint auch keine Daten darüber zu geben. Wir meinen das wären sehr interessante Informationen und finden es bedenklich, dass das nicht erhoben wird.

Agrarcenter auf der grünen Wiese

Die Obersteirische Molkerei plant auf der Grünfläche gegenüber ihres jetzigen Betriebes bei der Triesterstraße die Errichtung eines Agrarcenters.

Damit wird wieder einmal Grünland verbaut und Bodenflächen versiegelt. Die Errichtung einer Zufahrtsstraße wird rund 190.000 Euro kosten. Die Gemeinde beteiligt sich zu 50% mit maximal 95.000 Euro an den Kosten. Die KPÖ hat dem nicht zugestimmt.

Immer wieder erleben wir, dass Betriebe an einem neuen Standort konzentriert werden. Oft wird auf der grünen Wiese neu gebaut während die alten Standorte veröden. Dieser Neubau ist ein weiterer Mosaikstein hin zu mehr Versiegelung und vermehrtem Verkehrsaufkommen. Wieder ein Projekt am Stadtrand wie z.B. die Arena. Es wird gebaut ohne sich Gedanken um die Umwelt, den Verkehr und die Bodenversiegelung zu machen.

Die Gemeinde kann einem Betrieb nicht vorschreiben wie er sich entwickelt und kann die Bebauung wahrscheinlich nicht verhindern. Aber sich an der für das Vorhaben nötige Zufahrt mit öffentlichen Steuermitteln zu beteiligen und damit das Projekt indirekt zu fördern halten wir für falsch.

Für Wohnzwecke zu laut

Die Firma Reiter Haustechnik will einen Zubau für Lagerräume errichten. Dafür ist eine Flächenwidmungsplanänderung nötig.

Zu diesem Verfahren gibt es auch eine Stellungnahme des Landes in der festgestellt wird, dass sich die Fläche in der 60 dB Fluglärmisophone. „Jedenfalls vorzunehmen wäre aus fachlicher Sicht ein Ausschluss von Wohnnutzungen“ stellt das Land fest. Das Gebiet ist also so laut, dass es für Wohnungen nicht geeignet ist.

Das gilt natürlich auch für die angrenzenden Wohngebäude, die in einer Lärmzone liegen, die eigentlich für eine unbedenkliche Wohnnutzung nicht geeignet wäre und damit leben müssen.

Außerdem stellt das Land fest, dass in den Auflagen eine Lärmsanierungserfordernis zu ergänzen wäre. Das bedeutet, dass diejenigen die investieren für Lärmsanierungsmaßnahmen sorgen müssen. Die Lärmverursacher bleiben unbeschadet.

Diese Stellungnahme des Landes macht wieder einmal klar, dass es Aufgabe der Gemeinde sein muss überall, bei Land und Bund darauf einzuwirken, dass die Lärmbelastung durch den Flugbetrieb reduziert wird. Zum Beispiel durch die Halbierung der Übungsflüge, weitere Standorte für die Fluggeräte um eine gerechte Aufteilung der Lärmbelastung zu erreichen.

Die KPÖ sammelt Unterschriften für eine Pflegepetition!



Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut!

Wir fordern von der steirischen Landesregierung Maßnahmen gegen die Pflegekrise.

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizei-Ausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtgesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Unterschriften bitte schicken an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu. Tel.: 03512/82240